

c/o Dr. Brigitte Sellach
Niederurseler Landstr. 118
60439 Frankfurt am Main

An:

Frau Dr. Frauke Petry
Bundesgeschäftsstelle
Heilbronner Straße 10

10711 Berlin

Wahlprüfsteine

An die zur Bundestagswahl 2013 antretenden Parteien: AFD Sprecher/innen

Sehr geehrte Frau Dr. Petry,

die deutsche Bundesregierung wird regelmäßig von internationalen Institutionen wie der UNO (CEDAW Bericht) und der OECD (Bericht zur Gleichstellung der Geschlechter) für die ineffiziente Gleichstellungspolitik gerügt. Auch der erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zeigt konkret den großen Handlungsbedarf in Deutschland auf.

Deutschland ist im Hinblick auf die Geschlechtergleichstellung in vielen Bereichen Schlusslicht in der Europäischen Union, so in Bezug auf den Schutz von Frauen vor Diskriminierung und Gewalt, bei der Gleichstellung im Arbeitsleben und in den Sozialen Sicherungssystemen. Auch bei den gesellschaftlichen Bedingungen für Familien- und Sorgearbeit und bei der Verteilung von Nachteilen und Lasten, die daraus entstehen, besteht ein Umsetzungsdefizit des staatlichen Auftrags zur Gleichberechtigung.

Der Bericht der Bundesregierung zur Gleichstellung zeigt auf, dass die Ursachen für den gleichstellungspolitischen Stillstand darin liegen, dass in den unterschiedlichen Politikfeldern unabgestimmte, widersprüchliche und z.T. gegenläufige Politiken verfolgt werden. Es fehlt ein durchgängiger gleichstellungspolitischer Qualitätsanspruch in der Regierungsarbeit, der durch die Anwendung von systematischer Folgenabschätzung und Wirkungsorientierung die Standards guter Regierungsführung umsetzt. Nur so kann die Stagnation in der gleichstellungspolitischen Entwicklung in Deutschland beseitigt und sichergestellt werden, dass geschlechtergerechte Politiken der unterschiedlichen Ressorts ihre positive Wirkung entfalten.

Darüber hinaus fehlt eine klare Positionierung zum demokratischen Standard der Geschlechtergleichstellung von Regierungsseite: In Deutschland wird Gleichstellung in der öffentlichen Debatte – wenn dann – als polarisierendes, kontroverses Thema in Frage gestellt. Reformansätze der exekutiven Verwaltung zur Stärkung der Zielgruppenorientierung und Bürger/innennähe (z.B. Gender Mainstreaming) werden – wenn dann – als Negativthema in den Medien präsentiert. Mit solchem „Verwaltungs-Bashing“ durch unsachliche Berichterstattung und anti-demokratische Agitationen wird mittlerweile teilweise erfolgreich versucht, die Umsetzung von Gleichstellung zu diskreditieren (siehe unseren Brief von 2009, S. 2, http://www.gmei.eu/GMEI_Deutschland_im_Gleichstellungsverzug.pdf).

Es ist an der Zeit, dass in Deutschland der gleichstellungspolitische Entwicklungsstau aufgehoben wird, und dass der demokratische, emanzipatorische und sozialmarktwirtschaftliche Auftrag der Verfassung sowie die ihr entsprechende Erwartungshaltung eines Großteils der Bevölkerung – aus allen politischen Lagern – ernst genommen wird!

Hierfür bedarf es strategischer Maßnahmen für die Qualität der Regierungsführung durch die kommende Bundesregierung.

Wir als Bürgerinnen und als Expertinnen für die Umsetzung von Gleichstellung in unterschiedlichen Politikfeldern, sowohl in öffentlichen als auch in privaten Institutionen, möchten darum von Ihrer Partei als möglicher Partnerin in einer zukünftigen Regierung folgende Fragen beantwortet bekommen:

1. Welchen Stellenwert werden Sie der Gleichstellung von Männern und Frauen in Ihrer Regierungsarbeit geben?

Wir achten die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann gemäß Artikel 3 GG.

2. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um dem in der Verfassung formulierten Auftrag, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern, in ihrer Regierungsarbeit systematisch Rechnung zu tragen?

Wir werden alle zur Aufgabe befähigten Männer und Frauen unserer Partei gleichermaßen berücksichtigen. Wir werden aber NICHT um einer Gleichstellungsquote willen Mitglieder der politischen Konkurrenten kooptieren.

3. Wie werden Sie die international anerkannten Strategien des Gender Mainstreaming (durchgängige Gleichstellungsorientierung) und des Gender Budgeting (gleichstellungs- und wirkungsorientierte Haushaltsführung) in Ihrer Regierungs- und parlamentarischen Arbeit nutzen?

Gender Mainstreaming ist KEINE Wissenschaft, daher gehören die angeblich anerkannten Strategien auf einen tatsächlich wissenschaftlichen Prüfstand.

4. Werden Sie institutionelle und organisatorische Strukturen wie Ministerien, Stabstellen, Abteilungen etc. nutzen, ausbauen oder einrichten, um die durchgängige Gleichstellungsorientierung in der Regierungsführung zu sichern? Wenn ja, wie sollen diese aussehen (Ansiedlung, Ausstattung, Befugnisse, Kooperationsformen, Kooperationspartner/innen)?

Wir werden dafür eintreten, Positionen mit fähigem Personal zu besetzen und mit dem Steuergeld der Bürger verantwortungsvoller umzugehen als bisher.

5. Wie werden Sie sicherstellen, dass professionelle Gender-Kompetenz (fundierte Kenntnis der Geschlechterverhältnisse, der Diskriminierungstatbestände und der gleichstellungspolitischen Strategien zur Verhinderung bzw. zum Ausgleich von Diskriminierung) in der Regierungsarbeit genutzt wird?

Wir treten gegen jegliche Diskriminierung unabhängig vom Geschlecht ein.

6. Wie werden Sie sich gegenüber Agitationen anti-demokratischer Organisationen und Einzelpersonen verhalten, die verfassungsrechtliche Standards wie die Gleichberechtigung und staatliche Gleichstellungspolitik von Männern und Frauen diskreditieren?

Verstößen gegen das GG werden wir konsequent nachgehen. Ebenso konsequent werden wir pseudo-wissenschaftliche Thesen offenlegen, wie z.B. die Existenz sozialer Geschlechter und die Negierung von natürlichen Unterschieden zwischen Frau und Mann.

Wir würden uns sehr über eine Antwort freuen und bitten Sie um die Erlaubnis, diese auf unserer Webseite veröffentlichen und verlinken zu dürfen.

Mit Dank und neugierigen Grüßen

GMEI – Gender Mainstreaming Experts International, 17. Juni 2013

www.gmei.eu